

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenauer 50
Telefon Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Neuerweg 57
Telefon Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt. — Bergische Nachrichten.)

Der Putzsch von Barcelona.

Spanischer Faschismus.

Von einem in Berlin lebenden Großkaufmann spanischer Abstammung erhalten wir folgende Aufschlüsse über die neuesten politischen Vorgänge in seiner Heimat:

Graf d'Estella, der Führer des Militärputsches von Barcelona, will kein Mussolini sein. Er hat sich, wie er verkündet, die historische Gestalt des großen spanischen Generals Prim zum Vorbild genommen. Prim war in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts Ministerpräsident. Er stützte sich in seiner wechselvollen Laufbahn auf die Demokraten und die Progressiven und trat 1870 als Opfer egalitärer Republikaner. Er wurde allerdings das Vorbild einer ganzen Reihe von Militärherrschaften. Die spanische Geschichte des 19. Jahrhunderts wird zu einem großen Teile ja gekennzeichnet durch die aggressive Sonderpolitik und Opposition einzelner Generale oder Teile des Offizierskorps, die von Zeit zu Zeit zu den berühmten „Pronunciamientos“ mit Staatsstreich-Charakter führten. Am Anfang dieses Jahrhunderts bis zum Weltkrieg war zwar Ruhe, aber seit 1917 haben die Militärjungen durch ihren Einfluß gleich fünf Ministerien hintereinander geändert. Und immer aus anderen Gründen.

Was ist der Grund der neuesten Rebellion? Graf d'Estella nennt die Schuldfrage für den militärischen Zusammenbruch in Marokko? Er verlangt eine Änderung in der Führung des Heeres. Aber das ist nur die Parole für die empörten und gekränkten Feldoffiziere. Die politischen Ursachen gehen tiefer. Sie liegen einmal in dem stimmungsmäßigen und weltanschaulichen Gegensatz des meist konterrevolutionären Offizierskorps zu dem modernen Geschäftsparlamentarismus. Wenn denkt unwillkürlich an den Kapp-Putsch. Sodann besteht schon lange die Abneigung, durch die Junten die militärische Stellung der Offiziere und ihren politischen Einfluß im spanischen Staatsleben zu erhöhen.

Endlich ein sozialer Grund: Der Gegensatz des Offiziers-Deutens zum Sozialismus. Hier zeigt sich nun eine überraschende Ähnlichkeit der Entwicklung Spaniens mit der Deutschlands. Was für Deutschland der Krieg, das war für das neutral gebliebene Spanien der Friedensschluß. Die „Katastrophe des Friedens“ hat fürchterliche soziale Gegensätze geschaffen und führte notwendigerweise zu bolschewistischen Zuständen, sozialistischen Streiks, Aufständen und Anarchisten. So mußte im März 1921 das, ein vornehmer Staatsmann, der das Beste seines Volkes gewollt hatte, fallen. Für die Sieger und die Neutralen war jener Mord von Madrid ein warnendes Zeichen, daß die Folgen des Krieges über alle Länder Europas kommen, wenn nicht die wirtschaftliche und soziale Zersetzung aufgehalten wird.

Auch in Spanien hat die Industrie in den letzten Jahren infolge der enormen Preissteigerung aller Waren tiefennot leiden zu verzeichnen. Aber sie brachten keinen sozialen Segen. Sie blieben in den Löhnen verhältnismäßig weniger. Gegenüber dem steigenden Reichtum der Besitzenden wird die Armut nur um so schmerzlicher empfunden. Aus der spanischen Hauptstadt, die früher ein besseres Mittelstadium war und ein bescheidenes Leben führte, haben der Krieg und die Nachkriegszeit eine larmoyante, aber glänzende Selbsthülle gemacht. Durch das Land flutet ein Fremdenstrom. Aber während die Reichen immer reicher werden, steigt die Auswanderung, steigt die Arbeitslosigkeit. In den Leihhäusern häufen sich die Gegenstände des dringenden Bedarfs, die von der betrimmenden Bevölkerung verpfändet werden.

Die Arbeiter, die durch die Kriegslöhne zu besserer Lebensführung aufsteigen konnten, finden sich, nachdem sich die Konjunktur geändert hat, mit äußerstem Egoismus und zum Teil mit revolutionärem, kommunistischem Terrorismus zu erheben. Die Streiks rufen in der letzten Zeit nicht ab, und von dem Unruhezentrum Barcelona aus verbreiteten Bombenattentate Schrecken fast überall im Lande. Aus Barcelona kommt aber auch die — Reaktion, der Ausbruch der militärischen Opposition, unterstützt von einer im stillen arbeitenden Mittelschichtbewegung, welche die Uebergriffe des sogenannten „oberrömischen“ der Arbeiterherrschaft, bekämpft und sich in vielen Punkten mit dem Ziele des Offiziersputsches trifft. Es ist eben doch — Faschismus, der nun auch in Spanien sein Haupt findet, auch wenn Graf d'Estella kein Mussolini sein will.

Rafael José Cuero.

Die Mitglieder des Direktoriums.

WTB. Madrid, 16. Sept. (Drahtb.) General Primo de Rivera leistete gestern Abend dem Chef der neuen Regierung, Lopez Velasco, dem General, der König habe ein Dekret unterzeichnet, wodurch acht Generale zu Mitgliedern des Direktoriums ernannt wurden. Sie vertreten die militärischen Bezirke. Ein Kommandant vertritt die Marine. Die in Frage kommenden Generale seien Valle Espinosa, Bermejo, Robles, Rodriguez, Mahanba, Jordana, Ruiz Bortol, Muslera und Kommandant Pagan. Durch ein weiteres Dekret werde der

jetzige Oberkommissar von Marokko ersetzt durch General Vazquez.

Folgende hohe Beamte wurden beauftragt, die laufenden Geschäfte der verschiedenen Ministerien weiterzuführen: Auseres Espinosa de los Monteros, Justiz Alfonso Martinez, Finanzen Illana, Inneres Millan de Priego, öffentliche Arbeiten Balestero, Unterricht Perez Nieba, Arbeit Garcia Martin.

Die Dauer des Direktoriums.

WTB. Madrid, 16. Sept. (Drahtb.) General Primo erklärte, nach einer Gedenksrede aus Madrid, das Direktorium werde solange in Tätigkeit bleiben, bis befähigte Männer gefunden seien, die Spanien regieren könnten.

Eine Proklamation Primo de Riveras.

TU. Barcelona, 17. Sept. (Drahtb.) Generalhauptmann de Rivera hat an sämtliche Truppenkommandanten und Gouverneure Spaniens fol-

gendes Telegramm gerichtet: „S. M. hat mich beauftragt, eine neue Regierung zu bilden, und ich bemühe mich daher, soweit wie möglich, das in meinem Manifest vom 12. September dargestellte Programm zu verwirklichen. Der Kriegszustand ist verhängnisvoll und muß unverzüglich in ganz Spanien aufgehoben werden. Ich bin mir bewußt, daß ich das arbeitssame und ehrliche Spanien und die Armee hinter mir habe. Es lebe Spanien, es lebe der König!“

Alba soll verhaftet werden.

WTB. Paris, 16. Sept. (Drahtb.) General Primo erklärte dem Korrespondenten des „Matin“ in Madrid, er werde den früheren Außenminister Alba verhaften lassen. Falls dieser die Grenze überschritten habe, werde er ihn holen. Sein Prozeß habe begonnen, er werde der Strafe nicht entgehen.

TU. Paris, 15. Sept. Es bestätigt sich, daß der frühere Außenminister Alba die französische

Grenze überschritten hat, um nach Biarritz zu flüchten.

GA. Paris, 17. Sept. (Eig. Drahtb.) Der Sonderberichterstatter des „Reit Journal“ in San Sebastian macht folgende Angaben über die Anklagen, die gegen den früheren spanischen Minister des Auswärtigen, Alba, erhoben werden. Der Diktator und seine Freunde, schreibt er, behandeln Herrn Alba offen als einen Menschen, der Unterschlagungen vollführt, geschwungen und ganz einfach gestohlen hat. Sie fragen ihn an, daß er in gewissen Tauschgeschäften sich ein Vermögen von 11 Millionen Pesetas zum Schaden des Fiskus erworben und daß er neun Zehntel der geheimen Fonds, die für Marokko bestimmt waren, in seine eigene Tasche gesteckt hat. Wohlinformierte Leute behaupten jedoch andererseits, daß gewisse Militärpersonen, die jetzt am lauffeinsten stehen, selber in einer sehr üblen Lage seien, wenn man ihre marokkanischen Rechnungen nachprüfen würde.

Poincarés Antwort an Stresemann.

Eine vollkommene Absage. — „Unsere Rechte sind in Verträgen festgelegt“. — Nur die Reparations-Kommission soll entscheiden. — Weitgehende militärische Sicherungen. — Die Räumungsfristen laufen noch nicht.

WTB. Paris, 16. Sept. Bei der Enthüllung des Kriegedenkmals in Dun sur Meuse hielt heute vormittag Poincaré die erste der für heute angekündigten politischen Reden.

Poincaré erinnerte die Bewohner von Dun an Goethes Hermann und Dorothea, worin die Schreden der Auswanderung geschildert seien. Er sprach also von dem deutschen Adler, der im Frieden noch nicht völlig die Gewohnheiten abgelegt habe, die er im Kriege gezeigt habe. Es sei zu hoffen, daß er mit seinen großsprecherischen Manieren nur seine Enttäuschung verheule. „Ich begreife, so fuhr Poincaré fort, daß es den Belgiern, die den deutschen Einbruch nicht erfahren haben, schwer fällt, sich die Zeiten vorzustellen, die Frankreich und Belgien erdulden mußten. Keiner der vorausgegangenen Kriege hat auch nur annähernd eine Vorstellung von dem geben können, was eine feindliche Besetzung bedeutet. Bei der Unterzeichnung des Friedens haben sich alle Alliierten gegenseitig das Versprechen gegeben — und das bezieht Deutschland hat es —, daß die begangenen Verbrechen nicht unberücksichtigt bleiben würden, und daß alle Schäden, die an Personen und an Sachen durch den Einbruch verursacht wurden, repariert würden. Kon hat diese Schäden sorgfältig aufgezählt, und in der Liste stehen nicht nur Vernichtung von Immobilien und Mobilien, sondern auch Verluste an den Kämpfern und deren Familien und die ungenügenden Löhne für die Arbeit, die man aufgewandt hat. Für manche jedoch sind alle diese Vorrichtungen heute tote Buchstaben. Wenn die Deutschen ihre Verpflichtung zu erfüllen haben und wir uns nun für gut halten, sie daran zu erinnern, früherer und verdammt uns gewisse Leute. Warum, so fragen sie uns, geben wir unsere zeitgemäßen Reklamationen nicht auf, warum halten wir uns so genau an die Verträge? Warum wollen wir unsere Forderungen nicht von den Nationen revidieren lassen, die nicht am Kriege teilgenommen haben? Wenn wir keine Kommission annehmen, die Deutschland von der Zahlung seiner Schulden befreit, dann bezeichnet man uns als betrügerisch in Anbetracht unserer Forderungen und macht uns lächerlich. Man will, daß Deutschland unternimmt und was dazu dient, Frankreich zu ruinieren, gehört der Vergangenheit an, und im Auf der Ereignisse zählt die Vergangenheit nicht mehr. Alles, was Deutschland unternimmt, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, wurde ebenfalls vergessen. Auch das soll der Vergangenheit angehören, und die Vergangenheit von gestern liegt manchem schon zu fern. Man will von unseren Forderungen nicht mehr sprechen, die aber doch noch Gegenstand sind. Man hält es für übertrieben und ermüdend, wenn wir als die am stärksten Betroffenen die Notwendigkeit verweisen, rasch Entscheidung zu werden. Diese kleine Ungerechtigkeit müssen wir ohne Unwillen hinnehmen. Das verlangt die Franzosen, die sich eingebildet haben, sie würden um ihrer selbst willen geliebt, und die sich nun enttäuscht fühlen. Es war ein ebenso großer Irrtum, wenn wir uns einbilden wollten, daß unsere Freunde und nicht wir selbst die Verteidigung unserer Interessen durchzuführen haben, wie es unrichtig wäre, zu behaupten, daß wir, indem wir unser Recht wahren, irgend jemand schaden könnten. Unsere Rechte sind in Verträgen niedergelegt, die unsere Alliierten unterzeichnet haben. Es würde keine Sicherheit mehr in den Beziehungen der Völker geben, wenn abgeschlossene Verträge verlegt würden. Weder einer neutralen Kommission, noch internationalen Sachverständigen, noch einer internationalen Tribunalen, auch nicht einmal dem Völkerbund, dessen Aufgaben groß sind, hat der Vertrag von Versailles die Aufgabe zuteilt, die Schuld der deutschen Schuld festzusetzen oder die Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie bezahlt werden soll, sondern einer besonderen Kommission,

die Reparations-Kommission heißt

und deren Befugnisse Deutschland ausdrücklich anerkannt. Wenn man daran denkt, sie beiseite zu schieben, so geschieht dies, weil man glaubt, daß sie

neuen Konzessionen wenig geneigt ist. Aber diese neuen Konzessionen würden den übernommenen Verpflichtungen zumwiderlaufen, und das genügt, daß wir uns dazu nicht hergeben.

Wie haben wir in der Hand, die wir behalten werden, bis wir Befriedigung erhalten haben.

WTB. Paris, 16. Sept. In der heute Abend in Brüssel für Meuse gehaltenen Rede sprach Poincaré von der Reparationspflicht Deutschlands, um in Verbindung damit die Frage der französischen Sicherheit zu behandeln.

Wenn die Verhältnisse, sagte er, denen sich Deutschland schuldig gemacht hat und die die Alliierten selbst haben vornehmen müssen, um den Eindringling aus Frankreich zu vertreiben, diejenigen nicht oder fast nicht tot zu werden, die die moralische Verantwortung dafür tragen, so würden früher oder später die jungen Deutschen der alten Schule glauben, daß sie um diesen Preis den Versuch von neuem unternehmen könnten. Wenn andererseits das Deutsche Reich seine Militärmacht reorganisieren und sich wieder bewaffnen könnte, würde es eines Tages versuchen, das Instrument, das es sich geschaffen, wieder zu benutzen. Wir müssen also

den Betrag unserer Reparationen fordern

und auch über die Aufrechterhaltung unserer Sicherheit wachen. In beiden Fragen werden wir den Sperrling in der Hand nicht um die Laube auf dem Zaun ausgeben. Deutschland hat tatsächlich seit mehreren Monaten die Tätigkeiten der internationalen Kontrollkommission lahmgelegt. Deutschland, das heute in Ruhe Kanonen, Flugzeuge und Munition bei sich oder in anderen Ländern heften kann, Deutschland, das in einigen Jahren bewaffnet und zur Neubegeisterung bereit wieder vor uns erscheinen kann, Deutschland, das den Versuch macht, in der Welt unsere tapferen und treuen Soldaten zu Truppen zu diskreditieren, weil es nicht will, daß wir eine Nation von 100 Millionen Menschen sind, und weil es sich schmeichelt, uns rasch durch die Zahl zu beherrschen. Deutschland gibt uns heute Zusicherungen mit Worten, die es für verlockend hält, und mit Versprechungen, von denen es Wandel erwartet. Gewisse Publizisten und Politiker haben einen Gedanken aufgenommen, in der Hoffnung, daß wir ihn annehmen. Warum, sagen sie, können die rheinischen Alliierten sich nicht vereinigen, um sich für eine bestimmte Zeitperiode den Status quo zu garantieren? Würde dieses Abkommen der Welt nicht eine gewisse Zeit Ruhe zum Atmen geben? Die Versichter dieser geistreichen Kombinationen fügen auch hinzu, daß es bei unseren Alliierten Leute gibt, die sie vorzüglich finden und die bereit sind, sie uns zu empfehlen. Danken wir sofort im voraus, und lassen wir nicht zu, daß die Fremde Frankreich sich auf gefährliche Wege verirren. Wir der Schaffung des Völkerbundes hat der Friedensvertrag von Versailles den Grundstein aufgestellt, daß alle Nationen, die daran teilnehmen, sich gegenseitig verpflichten, ihre Gebiete zu respektieren. An dem Tag, an dem Deutschland endgültig die Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, erfüllt haben wird, steht es ihm frei, seine Zusage zum Völkerbund zu beantragen, und wenn es kein Mitglied wird, werden Frankreich und Deutschland sich gegenseitig durch die Zugehörigkeit gegen einen Angriff sichern. Ein Sonderpakt für die Rheinprovinz würde dem Text des Vertrages nichts hinzufügen. Er würde sogar die große Angelegenheit schaffen, den allgemeinen Pakt zu schwächen, denn wenn er sich nicht auf die Grenzen der Tschechoslowakei und Polen bezieht, würde man Deutschland im Osten oder im Süden mehr Freiheit lassen als im Westen. Es verhält sich von selbst, daß Deutschland, sobald es wieder militärischen Forderungen befohlen wird, seinen Angriff weit vom Rhein ab beginnt und sich gegen uns wendet wird, wenn wir unsere Verbündeten schützen wollen. Das habe

ich im vorigen Jahr Lloyd George erklärt, als er uns vom Garantiopakt sprach, der nur für den Rhein und für einige Jahre Geltung haben sollte, und der im übrigen von seiner militärischen Sicherheit begleitet war. Um wieviel mehr müssen wir den Deutschen dieselbe Antwort geben, die uns heute

dieses trügerische Spinnwebwerk anbieten. Ein Garantiopakt, welches auch seine Unterzeichner sein mögen, kann für uns keinerlei praktischen Wert haben, wenn er im Falle eines Angriffs keine rasche und wirksame militärische Sicherheit garantiert. Vor dem Kriege hat uns Großbritannien keinerlei militärische Unterstützung versprochen. Es stand ihm frei, nicht zu intervenieren, selbst wenn Frankreich der Gegenstand eines unbegründeten Angriffs gewesen wäre. Trotzdem hatten der militärische und maritime Generalstab Großbritanniens mit unserem Generalstab Abkommen getroffen, die im Falle einer britischen Intervention ein Zusammenwirken gestatteten. An dem Tage, an dem England Partei für Belgien und Frankreich ergreift, haben wir durch diese Konvention gewiß, wo und in welchem Maße es sofort handeln werde. Wir waren regim gezwungen, lange Monate auf französischem Boden und mit französischen Soldaten die schweren Lasten des Krieges zu tragen. Garantiopakte, die nicht auf rechtlichen Abkommen analog dem früheren beruhen, würden uns im Augenblick der Gefahr allein oder fast allein lassen.

Diese Garantiopakte würden, wenn sie unterzeichnet sind, überall als Friedenssymbole bezeichnet werden, und man würde sich beeilen, uns zu erklären, daß wir nichts mehr zu befürchten hätten, daß wir uns beeilen müßten, abzurufen, und wir würden, wenn die Stunde gekommen ist, von einem zahlenmäßig überlegenen, besser ausgerüsteten und besser vorbereiteten Feind überfallen werden. Nein, ich habe nicht, wenn man uns als Garantie für unsere Sicherheit nur Worte dieser Art anbietet, so bedeutet uns dieser aufgeblasene Bloß nichts, was irgendwie von Wert wäre. Im übrigen wird uns dieses Angebot im allgemeinen nur mit dem konkreten Hinzufragen gemacht: „Wenn ihr durch einen Haufen Unterdrückten geschützt seid, so werdet ihr doch wohl bereit sein, das linke Rheingebiet zu räumen, bevor die durch den Friedensvertrag festgelegten Fristen abgelaufen sind.“ So denkt man uns mit dem Trugbild einer illusorischen Garantie eine positive Garantie zu bringen. Uns ist wohl bekannt, daß sämtliche Regierungen, die in Frankreich seit 1919 aufeinander gefolgt sind, erklärt haben, daß die Befreiungsfristen für das linke Rheingebiet nicht zu laufen begonnen hätten, da Deutschland keine der Vertragsverpflichtungen ausgeführt hat. Man trachtet nichtsdestoweniger danach, sie abzulösen. Wenn dies gelänge, wären wir gezwungen, vor Ablauf der vertragsgemäßen Fristen unsere Soldaten aus dem Glacis zurückzuführen, wo sie Wache halten, um den Westfeinden zu verteidigen. Und der deutsche Militarismus wäre imstande, in aller Ruhe neue Verstärkungen und Eroberungsstrategie vorzubereiten. Das ist ein Spiel, zu dem wir uns nicht hergeben werden.

Poincaré versicherte, daß Frankreich die durch den Friedensvertrag gewährten Sicherheiten festhalten werde. Da sie nicht ohne sie seien und da diejenigen, die Frankreich 1919 versprochen wurden, ihm nicht geliefert worden wären, so werde es zu gegebener Zeit gern mit seinen Verbündeten sich bemühen, für die Zukunft andere ausfindig zu machen. Aber weder in dieser noch in der Reparationsfrage werde es sich mit einem bloßen Schein begnügen.

Es ist eine glatte Absage, die Poincaré gestern an Stresemann erteilt hat, zum Teil wendet sich die Antwort auch an die englische Adresse. In seiner vorletzten Sonntagsrede hatte Poincaré behauptet, die von der jetzigen deutschen Regierung angebotenen Pfänder böten keinen Vorteil gegenüber der im Versailles-Vertrag festgelegten Garantie, da dort alles deutsche Eigentum verpfändet sei, worauf Stresemann am Mittwoch erwiderte, daß die Versailles-Regelung auf das Privatvermögen nicht zutrifft, das jetzt angeboten wird. Dagegen

WERK

Qualität

UMMI

Garantie

durch alle Handlungen.

**Der Sportlehrfilm,
ein vernachlässigter Zweig
der Sporterziehung.**
Von R. Hedert.

1990

82

U.S. DEPARTMENT OF JUSTICE